

Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten - Rumänien



Тази страница е машинно преведена и качеството ѝ не може да бъде гарантирано.

1. Verfassungsrechtlichen Grundlagen
2. Justiz
- #II
4. Fälle, in denen der Zugang zu Informationen
5. Die Beteiligung der Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten in
6. Den Zugang zu Gerichten gegen Handlungen oder Unterlassungen
7. Andere Möglichkeiten des Zugangs zu den Gerichten
8. Klagebefugnis
9. Rechtliche Vertretung
10. Nachweise
11. Vorläufiger Rechtsschutz
12. Kosten
13. Finanzhilfe-Mechanismus
14. Aktualität
15. Sonstiges
16. Ein Ausländer, der
17. Grenzüberschreitende Rechtssachen

I. verfassungsrechtlichen Grundlagen

Artikel 35 der rumänischen Verfassung regelt das Recht auf eine gesunde Umwelt http://www.cdep.ro/pls/dic/site.page?den=act2_2&par1=2#t2c2s0a35 http://www.cdep.ro/pls/dic/site.page?den=act2_2&par1=2#t2c2s0a35

Artikel 35 der Verfassung gewährleistet die Entwicklung eines ganzen Blocks im Hinblick auf Umweltvorschriften zu erreichen, einen gesunden und ausgewogenen Umfelds gut erhalten. Der allgemeine Rahmen, die Grundsätze und die Regierungsverordnung Nr. 195/2005 über Sofortmaßnahmen für den Umweltschutz, gebilligt durch das Gesetz Nr. 265/2006 geändert.

Die Verfassung ist festgelegt, auch für die natürlichen und juristischen Personen – sie verpflichtet sind, die Umwelt zu schützen und zu verbessern.

Artikel 21 (Zugang zu den Gerichten) der Verfassung besagt, dass:

- Jede Person hat das Recht, die Gerichte anzurufen, die für die Verteidigung ihrer legitimen Rechte, Freiheiten und Interessen.
- Die Ausübung dieses Rechts wird durch ein Gesetz nicht eingeschränkt werden,
- Alle Parteien haben Anspruch auf ein faires Verfahren und innerhalb einer angemessenen Frist eine Lösung
- Die besondere Zuständigkeit ist freiwillig und kostenlos.

Die Auslegung der beiden oben genannten Artikel kommt zu dem Schluss, dass sie Zugang zur Justiz in Bezug auf den Schutz der Umwelt und dieses Recht nicht eingeschränkt werden.

Im Einklang mit der rumänischen Rechtsordnung der Verfassung, des Rechtsakts ist, zusätzlich zu den gesetzlichen Pyramide. Alle anderen Rechtsvorschriften müssen mit der Verfassung vereinbar sein.

Das verfassungsmäßige Recht auf Umwelt, die unmittelbar vor den Gerichten geltend gemacht werden können. Es Gesetze gibt, die jedoch das Recht auf Umweltschutz weiterzuentwickeln. Auf der anderen Seite sind die Gerichte und Behörden allein der Verfassung nicht angibt, ob es sich um einen allgemeinen Rechtsakt allein angewandt werden kann.

Gemäß Artikel 11, Absatz 2 der Verfassung vom Parlament ratifizierte Verträge Bestandteil der innerstaatlichen Rechtsordnung geworden. Das bedeutet, dass sie sich direkt berufen kann, auf den internationale Abkommen. Alle Informationen von Frage 3 anwendbar ist.

Das Übereinkommen von Aarhus ist ein internationaler Vertrag, der für Menschenrechte. Gemäß Artikel 11 der Verfassung ist es Bestandteil des nationalen Rechts. Gemäß Art. 20 bei Abweichungen zwischen den Verträgen über die Grundrechte ist als Übereinkommen von Aarhus, und in den nationalen Rechtsvorschriften, den Internationalen Vertrag ist dann anzuwenden, wenn das nationale Recht günstigere Bestimmungen hat.

Sobald es ratifiziert ist, die Auswirkungen des internationalen Rechts ist im nationalen Recht automatisch das Recht erhalten, damit interessierte Parteien geltend zu machen, für die sie direkt oder in Verbindung mit anderen Rechtsvorschriften, die Einzelheiten der Durchführung, wenn das der Fall ist, und die Verpflichtung für die Behörden oder Gerichte die Bestimmungen zu berücksichtigen. Das Århus-Übereinkommen wurde durch das Gesetz Nr. 86/2000. ratifiziert.

II). Justiz

Rumänien hat drei Ebenen der Gerichtsbarkeit in Zivil- und Strafsachen:

- 188 In jedem Komitat Gerichtsgebäuden, mehrere Rechtssachen, wie das erste Gericht
- In jedem Komitat stehen – 42 Rechtssachen, die im Rechtsmittelverfahren,
- Berufungsgerichte, 15, Rechtssachen, die am zweiten Rechtsmittel
- Der Oberste Gerichts- und Kassationshof – Besondere Zuständigkeiten

Es gibt Ausnahmen gesetzlich vorgeschrieben ist, wenn das erste Gericht, das Gericht habe der Court of Appeal oder auch der Oberste Gerichts- und Kassationshof haben wir, und Fällen, in denen nur zwei Gerichtsinstanzen und dem erstgenannten Gericht ein Rechtsmittel eingelegt.

Die Strafverfolgung ist neben der oben genannten Gerichte organisiert.

Jedes Gericht hat – außer den Gerichten, in verschiedenen Bereichen, wie z. B.:

- Anhörung der Fachgruppe, nur der Fall,
- Anhörung nur Strafkammer, Strafverfahren,
- Verwaltungsabteilung, Anhörung nur Fälle aus dem Verwaltungsrecht usw.
- Territorialer Militärgericht
- Military Tribunal

Es gibt keine besonderen Gerichten in Umweltfragen. In diesen Fällen in der Regel die Verwaltungsabteilung des Tribunal und anschließend an die Verwaltungsstelle des Berufungsgerichts Rechtsmittel. Die dritte Ebene der Zuständigkeit, der zweite Rechtsmittel besteht in diesem Fall nicht. Wenn der Verwaltungsakt wird von einer zentralen Stelle ausgestellt, so wird das erstinstanzliche Gericht und das Berufungsgericht die Obersten Kassations- und Gerichtshof.

Die Fälle gelöst werden sollen, nicht nur in den Verwaltungsabteilungen der Gerichte, sondern auch andere Abschnitte, wenn der Gegenstand des Rechtsstreits ist nicht ein Verwaltungsakt.

Es besteht keine Möglichkeit für ein Forum Shopping gibt. Die Zuständigkeiten des Gerichtshofs eindeutig festgelegt und verbindlich sind.

In Fällen mit drei Ebenen der Gerichtsbarkeit gibt es zwei Rechtsmittel:

- vertritt –, dass ein zweiter Versuch aussetzt und dass die Entscheidung des erstinstanzlichen Gerichts;

- Zweitens, es gibt nur wenige Gründe, die hier geltend gemacht werden können und sie nicht von den früheren Entscheidungen, mit einigen Ausnahmen im allgemeinen gesetzlich vorgesehen.

In Fällen mit zwei Ebenen der Rechtsprechung, im Verwaltungsverfahren hat der Gerichtshof im Rechtsmittelverfahren, die Möglichkeit zu prüfen, in allen Aspekten der Fall. In solchen Fällen wird das Rechtsmittel die Entscheidung des erstinstanzlichen Gerichts.

In strafrechtlichen Fälle, der ersten und der zweiten ordentlichen Rechtsbehelfe sind und die Entscheidung vollstreckbar, wenn er rechtskräftig wird, im Einklang mit dem Gemeinschaftsrecht.

Die außerordentliche Rechtsbehelfe sind:

- „Der Antrag auf Nichtigerklärung zur Wiederaufnahme des Verfahrens“ nicht der Fall, aber einige offensichtliche Fehler zu korrigieren, Verfahrens- oder Material;
- „Überprüfung“ – das Ziel ist es, den Fall erneut zu prüfen, wenn einige neue Beweise dafür gefunden, wie beispielsweise: Ein Richter wegen einer Straftat verurteilt wurde, die mit dem Fall zusammenhängen, und dass einige neue Beweise oder nicht bei der ursprünglichen Prüfung festgestellt werden oder eine neue Entscheidung des Gerichts ergangen ist, auf das gleiche Problem, da dieselben Teile usw.

Artikel 18 des Gesetzes Nr. 554/2004 über das Verwaltungsgericht geht hervor, dass sie auch Verfahren und einige reformatory haben Rechte.

Der Gerichtshof kann:

- Zu beschließen, dass ein Verwaltungsakt vollständig oder teilweise für nichtig erklärt wird;
- Von der Behörde zu verpflichten, ein neuer Verwaltungsakt, ein Dokument oder ein bestimmter administrativer Vorlauf zu vollstrecken;
- Entscheiden, ob die Verwaltungsverfahren, die zur Prüfung der Verwaltungsakt rechtmäßig ist oder nicht;
- Bei der Entscheidung über den Schadensersatz, der von der Klägerin beantragt;

Über einen verwaltungsrechtlichen Vertrag verliehen hat, kann der Gerichtshof:

- Die Entscheidung ganz oder teilweise für nichtig zu erklären;
- Die Behörde verpflichtet, den Vertrag zu unterzeichnen, wenn die klagende Partei hat das Recht, diesen Vertrag;
- Für die Parteien einige Verpflichtungen auferlegen;
- Von der Zustimmung einer Partei ersetzt werden, wenn das öffentliche Interesse dies verlangt;
- Für den erlittenen immateriellen und materiellen Schaden zu beschließen;

Das Umweltschutzgesetz, Regierungsverordnung Nr. 195/2005, Art. 5, sieht vor, dass jede Person das Recht auf Zugang zu den Gerichten oder Verwaltungsbehörden zum Schutz des Rechts auf eine gesunde Umwelt, ohne eine Rechtsverletzung nachweisen. Auch nichtstaatlichen Umweltorganisationen die Klagebefugnis vor Gericht im Bereich Umwelt.

Es gibt keine weiteren besonderen Bestimmungen in Bezug auf das Umweltrecht. Das gerichtliche Verfahren ist geregelt im Code für Zivilverfahren.

Der Gerichtshof kann von Amts wegen nie in Rumänien. Die Gerichte können jedoch dem Europäischen Gerichtshof Fragen zur Vorabentscheidung vorzulegen

III. Fälle, in denen der Zugang zu Informationen

Das FOIA, 544/2001 heißt es:

- Wenn sie mit der Antwort nicht zufrieden sind oder keine Antwort erhalten, auf das Auskunftsverlangen können Sie in der Form einer Verwaltungsbeschwerde an die Behörde ersuchen, dass die Öffentlichkeit und zuständige Sachbearbeiter/die falsche Antwort für nicht geahndet werden;
- Sie können beantragen, verpflichtet die Behörde die erbetenen Informationen zu offenbaren, und moralischen Schäden zu erhalten. In der Praxis sind die Schäden sehr schwer nachzuweisen, und daher nur sehr selten sind.

Der Rechtsakt ist, in dem die Umweltinformationen Regierungsbeschluss Nr. 878/2005 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen. Diese Rechtsvorschrift ist abgeschlossen, wenn sich Situationen nicht reguliert sind, insbesondere in Bezug auf die Umweltinformation, den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 544/2001 über den Zugang zu öffentlichen Informationen.

Gemäß Artikel 15 Absatz 3 der GD 878/2005 beantragen, wenn die Umweltinformationen abgelehnt werden sollte die Gründe hierfür und liefert auch Informationen über den Zugang zu Gerichten.

Der Antrag kann mündlich oder schriftlich geschlossen werden.

Wenn sie die Informationen mündlich, so verlangen, wenn die Informationen vorliegen, wird sie diese umgehend erhalten. Ist dies nicht der Fall, so wird damit beauftragt, Ihnen einen schriftlichen Antrag.

In der Regel erhalten Sie die Antwort auf das schriftliche Ersuchen innerhalb von 10 Tagen Folge. In der Regel erhalten sie begründet eine Verweigerung von Informationen, die in 5 Tagen. Wenn die angeforderten Informationen innerhalb von 10 Tagen zu kompliziert, erhalten Sie ein Schreiben, in dem sie sie über diese Situation und zur Verlängerung der Amtszeit auf 30 Tage.

Umweltinformationen sind dem Antragsteller unter Einhaltung der festgesetzten Frist so bald wie möglich, spätestens aber einen Monat nach dem Empfang durch die Behörde. Die erbetenen Informationen sollten der Umfang oder die Komplexität so groß sein, dass die Frist von einem Monat nicht eingehalten werden können, so verlängert sich auf zwei Monate nach Eingang des Antrags bei der Behörde. In solchen Fällen muss der Antragsteller so schnell wie möglich darüber informiert sein oder zumindest vor Ablauf der einmonatigen Frist für die Verlängerung der Frist für die Antwort und die Verlängerung begründen.

Sind Sie mit der erteilten Auskunft nicht zufrieden, können sie:

- Eine Verwaltungsbeschwerde beim Leiter der Behörde, da sie innerhalb von 30 Tagen die Antwort erhalten sollte und ab wann die eingegangenen Antworten (nach 10 Tagen). Die Behörde muss eine Kommission, die die Lage analysiert und eine Antwort erhalten sie binnen 15 Tagen;
- Sie können das Gericht Ersuchen unmittelbar der Behörde zu verpflichten, so dass sie Ihnen alle Informationen geben und auch Schadensersatz verlangen, da sie 30 Tage oder seit dem widerrechtlichen Antwort erhielt die Antwort eingegangen ist (nach 10 Tagen).

Wenn die Information als Verschlussache wird das Gericht keinen Zugang zu den Informationen hat, es sei denn, dass der Richter die Ermächtigung des nationalen Registeramt für Verschlussachen. Eingestuft, wenn die Informationen nicht vollständig zugänglich sind. Der Gerichtshof hat —. Vertrauliche Informationen können auch in den Verträgen festgelegt werden. Der Gerichtshof wird in diesem Fall keinen Zugang zu vertraulichen Informationen.

Die Gerichte erhalten, wenn die Informationen öffentlich sind, ist es dem Gerichtshof nicht, so können die Informationen weitergegeben werden. Wenn die Information als Verschlussache wird der Rechnungshof nicht in der Lage sein, den Zugang zu Informationen in einem Gerichtsverfahren zu tun. Entweder können Sie sich auf die Ausnahme berufen der rechtswidrigen Einstufung, sowie eine weitere Akte gebildet wird und einen anderen Richter (Genehmigung durch die nationalen Registeramt für Verschlussachen) wird die Lösung dieses Falls bitten, entweder vor Gericht oder einer anderen für die Freigabe oder die Aufhebung der Klassifizierung. In diesen Fällen, die von dem nationalen Richter für das Standesamt der vertraulichen Informationen.

IV. Die Beteiligung der Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten in

Es ist keine Einlegung von Rechtsmitteln gegen Verwaltungsentscheidungen zu einer nächsthöheren Verwaltungsinstanz. Sie können nur vor Gericht angefochten werden, wenn sie einer verwaltungsrechtlichen Beschwerde an den Träger, der ihnen die Entscheidung gefällt hat.

Die Beschwerde ist kostenlos. Er wird geregelt durch das Gesetz 554/2004 über das Verfahren. Jede Person, die der Ansicht ist, dass seine Rechte oder Interessen von der Entscheidung verletzt worden sind, das Recht hat, eine Verwaltungsbeschwerde an die Behörde, die den Verwaltungsakt oder dessen Vorgesetzte Stelle, falls vorhanden. Der Antrag muss innerhalb von 30 Tagen ab dem Zeitpunkt, zu dem sie sich darüber bewusst geworden Verwaltungsakt

- 6 Monat ab dem Zeitpunkt, zu dem sie Kenntnis von den Verwaltungsakt betroffen, wenn er eine andere Person gerichtet ist;
- Wenn Ihr Fall betrifft einen verwaltungsrechtlichen Vertrag verliehen, da der Vertrag von 6 Monaten ausgestellt, geändert wurde, da eine der Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht eingehalten wurde, da der Tag, an dem der Vertrag abgelaufen, da sie Kenntnis erlangt hat oder dass eine der Bestimmungen des Vertrags ist unklar;

Erstinstanzliche verwaltungsrechtliche Beschlüsse gefasst werden können, die unmittelbar bei Gericht nur in speziellen Verwaltungsgerichte. Im Umweltbereich gibt es keine besonderen Zuständigkeiten.

Die Beschwerde ist verpflichtend mit wenigen Ausnahmen:

- Wenn Sie einen Antrag für ihr eigenes oder das Recht ein legitimes Interesse an der Behörde und sie nach 30 Tagen noch immer keine Antwort erhalten oder abgelehnt wurden;
- Wenn sie ein normativer Akt angegriffen werden;
- Wenn sie sich gegen eine Verordnung oder eine Regierungsverordnung;
- Ausnahmen von der Rechtswidrigkeit;
- Sie vertreten sind oder wenn der Präfekt, der Europäischen Bürgerbeauftragten, die Staatsanwaltschaft, die nationale Agentur für öffentliche Angestellte;

Die Rechtsbehelfe geltenden Verfahrensvorschriften und materiellen Kontrolle mit sich bringen. Für die technischen Aspekte der Richter kann ein technischer Bericht/Fachwissen verfügen, die von einem gerichtlichen Sachverständigen ausgearbeitet. Der technische Bericht/fachliche den gleichen Wert hat wie andere Nachweise und Belege.

Die Gerichte können einen Verwaltungsakt, einschließlich der Überprüfung von Flächennutzungsplänen, Flächennutzungspläne, Umweltgenehmigungen usw.

Es gibt keine besonderen Bestimmungen für die Fälle. Sie alle sind gemeinsamen mit dem regulären Verwaltungsverfahren vor Gericht:

- Jede Person hat nach der Klagebefugnis vor Gericht, die Umweltschutzvorschriften Regierungsverordnung 195/2005. Wenn sie eine natürliche Person begründen müssen, weshalb sie ein Interesse daran, den Fall weiterzuverfolgen. Wenn Sie eine Nichtregierungsorganisation zum Schutz der Menschenrechte, der Umwelt oder nur dann davon ausgegangen werden kann, dass sie ein legitimes öffentliches Interesse rechtfertigen;
- Verwaltungsbeschwerde zwingend vorgeschrieben ist:
 - Im Hinblick auf die normativen Akte, wie Bodennutzung, Pläne oder Entscheidungen/Beschlüssen des Kreises, der der Regierung usw. der Verwaltungsbeschwerde erreicht werden kann;
 - wenn sie dem Empfänger übermittelt werden müssen, die den ihnen innerhalb von 30 Tagen übermittelt wurden, da sie der Handlung;
 - wenn sie sich eines Dritten zu übermitteln, müssen sie in der Verwaltungsbeschwerde, da das Gesetz von 6 Monaten mitgeteilt wurde,
- Das zuständige Gericht das Gericht von ihr Hauptsitz, in dem sich der Hauptsitz oder von der Behörde, die sie wählen können;
- Sie können ihre Forderungen mit Unterlagen nachzuweisen, die Verhörpraxis, Zeugen, Richter; Sie können beantragen, und das Gericht wird entscheiden, welche Beweise für den Fall relevant ist;
- Der Gerichtshof nicht zu überprüfen ist, die materielle Rechtmäßigkeit der Rechtsakte, sondern auch das Recht diese Möglichkeit zulässt; Ausschlaggebend für das Verständnis des Richters in der Rechtssache;
- Wenn sie gegen eine städtebauliche Genehmigung ablehnen, könnte der Gerichtshof, da die rumänischen Gerichte Ihren Fall die Rechtsprechung zu diesem Thema nicht einheitlich ist.

UVP Screening-Entscheidungen [1] vor Gericht angefochten werden kann, unter den gleichen Voraussetzungen.#1 Es gibt keine speziellen Regelungen.

Überprüfung Scoping-Beschlüsse Gerichte können unter den gleichen Bedingungen wie in den vorangegangenen Kapiteln erwähnt.

Zum Zeitpunkt der Prüfung und Scoping-Beschlüsse in Rumänien sind in Wirklichkeit ein und denselben Rechtsakt, Screening und Scoping im selben Zeitpunkt durchgeführt werden.

Die Rechtsbehelfe geltenden Verfahrensvorschriften und materiellen Kontrolle mit sich bringen. Für die technischen Aspekte der Richter kann beantragen, einen technischen Bericht/ein Rechtssachverständiger von Fachwissen. Der technische Bericht/fachliche den gleichen Wert hat wie andere Nachweise und Belege.

Die Teilnahme an der öffentlichen Konsultation ist keine Voraussetzung für die Gerichte vor.

Vorläufiger Rechtsschutz ist geregelt durch die Art. 14 und 15 des Gesetzes Nr. 554/2004 über das Verwaltungsverfahren vor Gericht. Vorläufiger Rechtsschutz bei Gericht eingereicht werden kann, unmittelbar nach der Verwaltungsbeschwerde unverzüglich an die Behörde, oder zusammen mit der Hauptforderung. Es werden zwei Voraussetzungen erfüllt sein müssen:

- Eine gut dokumentierte Fälle,
- Für den Nachweis einer drohenden Schädigung

Es gibt keine besonderen Vorschriften zur IVU-Richtlinie [2] Entscheidungen oder Genehmigungen.#2 Sie analysiert werden, wie jede andere Verwaltungsakt

Für die IVU-Richtlinie gleichen Rangs Regeln gelten wie für alle anderen Verwaltungsakt tätig.

Die gleichen Anforderungen gelten für den vorläufigen Rechtsschutz in der UVP und IPPC Verfahren wie bei allen Verwaltungsakten.

V. Zugang zu Gerichten gegen Handlungen oder Unterlassungen

In zivilrechtlichen Verfahren kann jede Person Klage gegen Privatpersonen oder juristischen Personen mit, dass ihr Recht auf eine gesunde und ausgewogene Rahmenbedingungen eingehalten werden. Gemäß Artikel 5d der Notverordnung Nr. 195/2005 – Umweltschutzvorschriften, „jede Person hat das Recht, die Verwaltungs- und/oder Justizbehörden, die direkt oder über die im Umweltschutz tätigen Nichtregierungsorganisationen, unabhängig von einer Rechtsverletzung“. Ja, Sie können sich für jede Handlung oder Unterlassung, die Achtung ihres Rechts auf eine gesunde und ausgewogene Rahmenbedingungen, wie in der rumänischen Verfassung nicht, auch wenn sie keinen Schaden unmittelbar erleidet. Wenn jedoch ihre Rechte nicht beeinträchtigt wird (gemäß Artikel 5e), haben sie das Recht auf Entschädigung.

Wenn der Gegenstand ihrer Forderung, wäre ein Verwaltungsakt erlassen wurde oder hätte erteilt werden müssen (Unterlassung der Fall), so wird durch die Verwaltungsgerichte bearbeitet werden, und sie sollten auch ihre Beschwerde gegen Akte der Verwaltungsbehörde zusammen mit dem Empfänger des Verwaltungsakts. Im Verwaltungsverfahren jedoch außerdem nachweisen, dass sie eine Verletzung ihres berechtigten Interesses – private materielle Rechte. Sie brauchen keine Klagebefugnis vor Gericht nur geltend machen, wenn sie den allgemeinen Schutz der Menschenrechte und der Umwelt – öffentliche berechtigtes Interesse. Nur die interessierten sozialen Organisationen, einschließlich NRO und Stiftungen) auch vor Gericht geltend machen kann, einen Verstoß gegen das berechnigte Interesse der Öffentlichkeit.

Verwaltungsgerichte gegenüber den staatlichen Stellen sie auch nach dem Gesetz Nr. 554/2004 über das Verfahren. Nach Art. 1 dieses Gesetzes kann jede Person eine Beschwerde vor Gericht, wenn ein Verwaltungsorgan gegenüber einem privaten oder öffentlichen ein materielles Recht oder rechtmäßiges Interesse beeinträchtigt wurde, das durch eine von dieser Behörde ausgestellt wird, wenn sie nicht rechtzeitig eine Lösung, wonach die Fristen nach unterschiedlichen Rechtsordnungen. Beispielsweise hat eine Antwort auf eine Petition, die in 30 Tagen eingeräumt werden. Wenn sie einen Schaden erlitten haben, können Sie Schadensersatz fordern.

Nach Artikel 8 dieses Gesetzes, wenn sie der Ansicht sind, dass:

- ihre legitimen Interessen und ihre Rechte verletzt wurden, durch eine einseitige Handlung
- Sie waren mit der Antwort nicht zufrieden, oder wenn sie die Beschwerde keine Antwort erhalten hatte, die Verwaltungsbeschwerde,
- In ihrem Antrag nicht gelöst wurde, nach dem Recht der Begriff
- Verweigert die Verwaltungsbehörde ihr Ersuchen zu lösen

Verweigert die Verwaltungsbehörde eine administrative Funktion zu erfüllen, die erforderlich sind, damit die Ausübung oder den Schutz ihrer Rechte oder legitime Interessen können sie das Gericht ersuchen:

- Teilweise oder vollständige Aufhebung des Verwaltungsakts
- Abhilfemaßnahmen für den Schaden erlitten, dass sie
- Entschädigung für „ideellen Schaden“

Wenn sie sich einer Nichtregierungsorganisation können Sie das Gericht ersuchen, sofern sie alle vorgenannten zum Schutz eines legitimen öffentlichen Interesse sind.

Wenn sie nicht geltend machen, so können sie nur das berechnigte Interesse der Öffentlichkeit, wenn die Verletzung des berechtigten Interesses ist die logische Folge der Wertminderung des materiellen Rechts oder des privaten berechtigtes Interesse.

Die zuständigen Behörden sind im Bereich der Umwelthaftung:

- Die Environmental Protection Agency (Artikel 6 der Notverordnung Nr. 68/2007 zur Umsetzung der Richtlinie 2004/35/EG über Umwelthaftung);
- Die nationale Umweltschutzbehörde (Art. 9 der Dringlichkeitsverordnung Nr. 68/2007), und die Befugnis, Geldbußen gegen die an die Umweltvorschriften;

Gemäß Artikel 20 der Notverordnung Nr. 68/2007 betroffenen Personen betroffen oder möglicherweise von einer Beeinträchtigung der Umwelt oder der Auffassung ist, dass ein Recht oder berechtigtes Interesse beeinträchtigt wurde, kann:

- Bemerkungen übermitteln, die nationale Umweltschutzbehörde
- fordert die Agentur auf, Maßnahmen zu ergreifen, um den Umweltschutz gemäß der Dringlichkeitsverordnung Nr. 68/2007

Gemäß Artikel 20 § 2 wird die Auffassung vertreten, dass die im Umweltschutz tätigen Nichtregierungsorganisationen“ Rechte und berechtigten Interessen verletzt werden, und sie können in jeder Situation, die oben genannten Behörden.

Die Entscheidungen und Verwaltungsakte sind durch die Verwaltungsgerichte versucht werden nach den allgemeinen Regeln gemäß Gesetz Nr. 554/2004 über das Verfahren (Artikel 25 der Notverordnung Nr. 68/2007). Sie können eine Verwaltungsbeschwerde gegen die Entscheidung der Behörde innerhalb von 30 Tagen, oder gegen das Ausbleiben einer Antwort auf Ihre Anfrage zu entnehmen ist. Wenn Sie keine Antwort auf die Beschwerde oder ist die Antwort nicht zufrieden stellend sind, können sie das Gericht ersuchen, die Entscheidung zu überprüfen, die innerhalb von 6 Monaten nach Erhalt der negativen Antwort oder Unterlassung.

Die Entscheidung der Behörde vor Gericht angegriffen werden kann, nach wie vor auf dem Gesetz Nr. 554/2004 über das Verfahren. Nach Artikel 5 der Verordnung 195/2005 über den Schutz der Umwelt, eine Person vor Gericht gehen kann den Gerichtshof ersuchen, Umweltschäden und Maßnahmen gegen den Verursacher zu ergreifen.

Der Bürgerbeauftragte verfügt über keine spezifischen umweltpolitischen Zuständigkeiten. Er ist zuständig für die Verteidigung der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen. Der Bürgerbeauftragte kann unter anderem:

- Um Menschen zu lösen;
- beraten auf Ersuchen des Verfassungsgerichts;
- Einleitung des Verfahrens in Administrative Court nach dem Gesetz Nr. 554/2004 über das Verfahren (siehe nächster Abschnitt);
- Einlegung eines Rechtsmittels im Interesse der Wahrung des Rechts vor dem High Court of Justice und Kassation;
- Vorlage von Berichten an das Parlament. Die Berichte können Empfehlungen zur Änderung der Rechtsvorschriften;
- Dieser Bericht, dem Parlament oder dem Ministerpräsidenten, wenn er im Verlauf seiner Nachforschungen auf Gesetze, die gegen die Rechtsstaatlichkeit;

Nach dem Verwaltungsrecht hat der Bürgerbeauftragte die Klagebefugnis vor Gericht gegen einen rechtswidrigen Verwaltungsakt, darunter das Gesetz über Umweltfragen. Nach Art. 1 des Gesetzes Nr. 554/2004 über das Verfahren der Bürgerbeauftragte kann nur tätig werden, falls er/sie ein Petent beantragt. Dateien erhält der Bürgerbeauftragte den Fall an den Verwaltungsgerichtshof, wie der Petent sie anschließend der Klägerin geworden. Wenn sie zu verweigern, wird der Fall dem Gerichtshof.

Staatsanwälte

Absatz 4 nach Artikel 1 Nummer 554/2004 des Verwaltungsrechts hat der Staatsanwalt den Gerichtshof ersuchen, einseitig individuelle Verwaltungsakte zu annullieren, die Verletzung der Rechte und berechtigten Interessen der Personen, die als Kläger vor dem Verwaltungsgericht in dieser Sache. Die Staatsanwaltschaft in einem solchen Fall können nur mit vorheriger Zustimmung der Vertragspartei, deren Recht, Freiheit oder Interesse verletzt wurde.

Nachdem der Staatsanwalt ein legitimes öffentliches Interesse festgestellt wurde, dass gegen sie ein normativer Akt handeln kann, die gegen sie/er vor dem Verwaltungsgericht. In diesem Fall, wenn der Betrieb eines öffentlichen Verwaltungsdienstes erheblich gestört werden würde, kann er/sie auch einen Unterlassungsanspruch beantragen.

Die Staatsanwaltschaft hat keine weiteren besonderen Zuständigkeiten in Umweltfragen. Kann er/sie Umweltstraftaten zu verfolgen wie gesetzlich vorgeschrieben.

Der öffentliche Auftraggeber kann einen Verwaltungsakt zu erlassen, die der Gerichtshof für eine Nichtigerklärung beantragen, wenn die Handlung Wirkungen erzeugt habe und sie kann von der zuständigen Behörde widerrufen werden. Das Gericht prüft die Rechtmäßigkeit der Rechtsakte und auch danach die Wirkungen, die diese Rechtsakte.

Es besteht keine private Strafverfolgung in Rumänien.

Nach Artikel 3 Absatz 12 der Entscheidung 57/2009 über die Zuständigkeiten und die Arbeitsweise des Ministeriums für Umwelt, so ist dieses Institut versichert, die Kontrolle und die Einhaltung der Umweltvorschriften auf nationaler Ebene, natürlicher und juristischer Personen, also auch der Verwaltungsorgane.

Der Minister hat eine Inspektion und Kontrolle, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Die Kapazitäten des Bürgerbeauftragten und der Staatsanwalt den Gerichtshof auffordern, illegale wurden Verwaltungsunterlagen zu annullieren, wie oben beschrieben.

Der Präfekt kann auch vor Gericht die Entscheidungen der örtlichen Bezirke, die Rechtmäßigkeit zu kontrollieren, als eine allgemeine Zuständigkeit.

VII. Klagebefugnis

1. Beschreiben Sie die Klagebefugnis geltenden Vorschriften für die verschiedenen Arten von Verfahren und unterschiedlichen Akteuren. Beschreiben Sie, wie die Begriffe Beeinträchtigung des Rechts, ausreichendes Interesse usw.) in ihrem Land ausgelegt werden.

(unter Verwendung der nachstehenden Tabelle)

Klagebefugnis	Verwaltungsverfahren	Gerichtliches Verfahren
Einzelpersonen	X	X
NRO	X	X
Andere juristische Personen	X	X
Ad-hoc-Gruppen	X	X
ausländische NRO	X	X
Sonstige [3]#_ftn3	X	X

Die Staatsanwälte, Bürgerbeauftragte und Behörden gemäß Kapitel VI Abschnitt 2.

Kann eine Behörde wie jeder anderen Person gegen Handlungen, die von einer anderen öffentlichen Behörde ausgestellt werden, wenn seine Rechte oder berechtigten Interessen verletzt werden. Die Verwaltungsbehörden sind jedoch kaum mit dieser Befugnis.

Regierungsverordnung 195/2005 betreffend den Schutz der Umwelt sieht ebenfalls vor, dass die nichtstaatlichen Umweltorganisationen Klagen vor Gericht in Fällen, in denen für den Umweltschutz bezwecken. Es bestehen keine besonderen Regeln für unterschiedliche Niveau des Umweltschutzes.

Der Gerichtshof ist bei Verwaltungsgerichten Maßnahmen vorbehaltlich der durch das Gesetz Nr. 554/2004 vorgesehenen Normen, wie oben beschrieben. Die privaten natürlichen oder juristischen Personen können gegen den Verwaltungsakt unter Berufung auf das berechtigte Interesse der Öffentlichkeit, soweit sich dies aus der Verletzung des subjektiven Rechts oder legitimen Interesses.

Sonstige staatliche Organe oder Einrichtungen gemäß Kapitel VI stehen.

Die gleichen Regeln gelten für die Klagebefugnis von Einzelpersonen/NRO Modalitäten für die UVP und IPPC gemäß Kapitel V.

VIII. Rechtliche Vertretung

Die Rechtsanwälte vertreten die Interessen einer Partei vor Gericht. Der Rechtsberater in Umweltangelegenheiten nicht zwingend vorgeschrieben ist, oder in einer Angelegenheit, mit Ausnahme von Strafsachen im Einklang mit der Strafprozessordnung. In Strafsachen, einschließlich der Angeklagte in Umweldelikte, von einem Rechtsbeistand unterstützt werden müssen.

Im Einklang mit dem neuen Verhaltenskodex für die Parteien von einem Rechtsbeistand unterstützt werden, müssen bei der zweiten Instanz.

In Rumänien gibt es mehr und mehr Juristen im Umweltschutz interessiert sind, da er für eine Art von Popularität und Anerkennung der jeweiligen Rechtsanwalt. Diese Maßnahmen sind dringend erforderlich, da jede Art von Werbung Anerkennung für Rechtsanwälte in Rumänien illegal ist.

IX. Nachweise

Es gelten keine besonderen Bestimmungen in Umweltangelegenheiten. Nach Artikel 13 des Gesetzes Nr. 554/2004 über das Verwaltungsgericht hat das Gericht an die Verwaltungsbehörde alle Dokumente angesehen wurden, werden vor dem Zeitpunkt der Ausstellung der Handlung, deren Nichtigerklärung beantragt wird. Die Klägerin kann keine Beweise für die Behauptung: interrogatories, Justiz, Fachwissen und/oder Zeugen.

In Zivil- und Strafverfahren hat der Gerichtshof keine Verpflichtung, den Beklagten zur Vorlage der Belege. Allerdings ist eine Verfahrensbestimmung, die es dem Gericht ermöglichen würde, zu prüfen, ob die Partei, die es abgelehnt haben, sich bestimmte Dokumente zu zeigen, das Vorbringen der anderen Partei nur in zivilrechtlichen Fällen.

Die von den Parteien angebotenen Beweise zu Beginn des Gerichtsverfahrens, sobald alle sonstigen Ausnahmen vom Gerichtshof entschieden worden sei. Das Gericht kann Beweise von sich, wenn er der Auffassung ist, dass die Wahrheit festgestellt werden kann, nach der die aktive Rolle des Gerichts. Diese Rolle jedoch nur in Zivilsachen gilt, wird dadurch beschränkt, dass das Recht der Klägerin, seine/ihre eigene Klage vor Gericht. Der Nachweis muss zunächst tatsächlich durch das Gericht und dann vor dem Gerichtshof verklagt. Es gibt keine Unterschiede zwischen Zivil- und verwaltungsrechtliche Verfahren auf.

Hat jedoch die Zuständigkeit der drei Schritte: Das erste Gericht, und zwei Beschwerden. In der ersten und in der ersten Beschwerde Beweise dem Gericht vorgeschlagen werden kann, und der Gerichtshof hat lediglich die Beweise für den Fall, dass sinnvoll ist. In der zweiten Beschwerde nur Dokumente als Beweismittel vorgelegt werden können. Das Rechtsmittel kann nur auf Gründe zulässig sein, in die Zivilprozessordnung.

Gibt es in dem Verwaltungsverfahren, und nur das erste Gericht Rechtsmittel ein. Im Rechtsmittelverfahren nur Schriftstücke als Beweismittel zugelassen werden kann, doch kann der Gerichtshof in der Sache Aspekte zu analysieren, zum Ausgleich der fehlenden Rechtsmittel in diesem Verfahren.

Rechtsexperten juristischem Fachwissen. Die Zahlung der Gebühr, die von der Partei beantragte die Expertise. Das Gericht kann die Parteien ersuchen, zu ermöglichen, ihre eigenen Sachverständigen teilnehmen, um das Fachwissen der Rechtsexperten. Das Gericht kann auch anordnen, dass das Fachwissen wird durch ein Institut oder ein spezialisiertes Labor.

Wenn niemand auf der Liste der Rechtsexperten hat die Fachrichtung auf Antrag der Fall, so kann der Gerichtshof oder um eine bekannte Persönlichkeit der Wissenschaftler der Fachgebiete, wie notwendig ein Professor der Universität. Diese Bestimmungen werden von der Zivilprozessordnung geregelt.

In Bezug auf die technischen Schlussfolgerungen der Experten, die diese Schlussfolgerungen zu prüfen. Der Gerichtshof kann jedoch, wenn er keine Sachkenntnis erfolgte unter Verletzung der Verfahrensvorschriften in Bezug auf die justiziellen Expertise oder, wenn die Schlussfolgerungen der Gegenstand der Rechtssache widersprechen.

Es gibt keine Unterschiede bei den verwaltungs- und zivilprozessualen, und es gibt keine besonderen Bestimmungen für Umweltangelegenheiten in Bezug auf die justiziellen Expertise.

Unterlassungsverfahren, X.

Die allgemeine Regel lautet, dass es keine verzeichnete, in keinem Fall bewirken. In allen Fällen muss das Gericht einen Unterlassungsanspruch beantragt werden. Die Auswirkungen des Aktes nur ausgesetzt werden, wenn die Unterlassungsklage ist vom Gerichtshof zugelassen. Das Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Gerichts zur Erteilung der vorläufigen Rechtsschutz nicht die Aussetzung der Durchführung dieser Entscheidung.

In der Verwaltungsentscheidung Enteignungsverfahren unverzüglich vollstreckt werden. Das Recht auf Eigentum wird aus dem privaten Eigentümer an den Staat durch einen einseitigen Verwaltungsakt unmittelbar nach der expropriator das Geld auf ein Bankkonto versandt werden (die private Eigentümer der Gelder nur erhalten können, wenn sie nicht gegen die expropriator mehr Geld zu fordern). Mit dem Ziel, einen Unterlassungsanspruch dieser Übertragung ist es unzulässig, die Enteignungen nach dem Gesetz Nummer 255/2010.

Auswirkungen auf andere Verwaltungsakte auch unabhängig von einer Nichtigkeitsklage beim Gericht. Nur die aufschiebende Wirkung der vorläufigen Rechtsschutzes an.

Vorläufiger Rechtsschutz möglich ist, sowohl im Verwaltungsverfahren als auch die Zivilprozessordnung.

Unterlassungsverfahren, die im Verwaltungsverfahren hinsichtlich der Aussetzung der Wirkungen nur eine einseitige Handlung.

Der Gerichtshof kann in einem Zivilverfahren ein vorläufiger Rechtsschutz zu gewähren, um den Schutz eines Rechts einen unmittelbar bevorstehenden Schaden zu verhindern, und die Hindernisse auszuräumen, die Vollstreckung eines Gerichtsbeschlusses. Die einstweilige Verfügung ist nur in dringenden Fällen und nur für einen begrenzten Zeitraum.

Nach Artikel 14 des Gesetzes 554/2004 über das Verwaltungsgericht Verfahren beantragen können, die ihnen unmittelbar nach der Vorlage der vorläufigen Rechtsschutz Verwaltungsbeschwerde an die Behörde, von der die Handlung an das Gericht, bevor sie dem Antrag auf Nichtigerklärung des Rechtsakts.

Nach Artikel 15 des Gesetzes Nr. 554/2004 über das Verfahren, einstweiligen Verfügungen können auch gebeten werden, zusammen mit dem Antrag auf Nichtigerklärung oder durch einen getrennten Antrag, die eingeführt werden können, bis das Gericht erster Instanz eine Entscheidung in Bezug auf die Aufhebung des Gesetzes.

Gewährt werden, müssen Sie nachweisen, dass der Fall wohlbegründet ist und dass ohne einstweilige Verfügung einen unmittelbar bevorstehenden Schaden erleiden würde.

Unterlassungsverfahren, die im Zivilverfahren in dringenden Fällen gewährt wird und für einen begrenzten Zeitraum, wie oben beschrieben.

Zivil- und verwaltungsrechtliche Verfahren sowohl im Verfahren ein Rechtsbehelf eingelegt werden kann, innerhalb von 5 Tagen nach der Entscheidung des Gerichts.

XI. Kosten

1. Welches sind die Kostenkategorien konfrontiert ist, wenn ein Antragsteller in Bezug auf den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten? (5-10)

Die Kosten sind:

- Die Gebühr für das Gericht
 - Die Vergütung des Rechtsanwalts
 - Die Gebühren der Sachverständigen
 - Die Kosten der anderen Partei trägt gemäß
2. Eine Schätzung der Gerichtsgebühren (Gebühr für einen Fall vor Gericht, in verschiedenen Arten von Verfahren) und die Beschwerdegebühr gelten in Ihrem Land. (3-5)

Die Gerichte sind geregelt durch die Verordnung Nr. 80/2013.

Die Gebühr für administrative Court variiert zwischen 11 EUR (etwa 50 RON) und 66 EUR (300 ROZ) zu erhalten.

Die Gebühren werden für den Gerichtshof nach dem Wert der Fall. Es gibt mehrere Kriterien, die von bestimmten gesetzlich festgelegten Werte.

- wenn der Streitwert unter 111 EUR liegt (500 ROZ) 8 %, aber nicht weniger als 4 EUR (20 ROZ)
- wenn der Wert der Sache liegt zwischen 111.1 (501 ROZ) und 1 111 EUR (5000 ROZ) ist der Gerichtshof die Gebühr in Höhe von 40 RON (8 EUR) zuzüglich 7 % für den Betrag von mehr als 111 EUR (500 ROZ);
- Wenn sie liegt zwischen 1 111 EUR und 5 555 EUR (5000 RON (25000 RON)), ist die Gebühr von 78 EUR (355 RON) plus 5 % für Beträge von mehr als 1 111 EUR (5000 ROZ);
- Wenn sie liegt zwischen 5555 und 1 EUR (25001 ROZ), 11 111 EUR (50000 ROZ) ist der Gerichtshof die Gebühr in Höhe von 1355 RON (301 EUR) zuzüglich 3 % für den Betrag von mehr als 5 555 EUR (25000 ROZ)
- Wenn sie liegt zwischen 11111 und 1 EUR (50001 ROZ) und 55 555 EUR (250000 ROZ) ist der Gerichtshof die Gebühr in Höhe von 2105 RON (467 EUR) zuzüglich 2 % für den Betrag von mehr als 11 111 EUR (50000 ROZ)
- mehr als 55 555 EUR (250000 RON (6105 RON) – 1 356 EUR) plus 1 % für Beträge von mehr als 55 555 EUR (250000 ROZ)

Die Beschwerdegebühr wird als zweiter Klasse, für die Hälfte der Gebühr auf das erste Gericht, jedoch nicht weniger als 4 EUR (20 ROZ):

Die Gebühr für die Beschwerde zuständig ist, da die Gebühr von 22 EUR (100 ROZ) geregelt, die Beweggründe für die in Art. 488 Abs. 1 Nrn. 1 bis 7 der neuen Zivilprozessordnung. Wenn die Gründe für die Anwendung der materiellen Rechts in den Fällen in Geld bewertet werden kann, wird der Gerichtshof die Gebühr von 50 % des gezahlten Betrags in das erste Gericht jedoch nicht weniger als 22 EUR (100 ROZ) zu erhalten. Für den Fall, dass die in Geld bewertet werden kann die Gebühr auf 22 EUR veranschlagt (100 ROZ) zu erhalten.

Wird der Rechtsbehelf gegen eine Entscheidung des Gerichtshofes über:

- Aussetzung der Gerichtsverfahren, die Gebühr beträgt 4 EUR (20 ROZ)
 - wegen Nichtigerklärung der Prüfung des Hofes wurde die Gebühr nicht oder in anderen Fällen getestet wurde, wenn die Rechtsache nicht dem Gerichtshof, ist die Gebühr von 11 EUR (50 ROZ) zu erhalten.
3. Eine Schätzung der Gebühren für Sachverständige, Anwaltskosten und andere typische Gebührenkategorien in Umweltangelegenheiten. (10 Sätze)

Es gebe kein Kriterium zur Schätzung der Gebühren des Sachverständigen oder Rechtsbeistand. Eine Gebühr für ein Gutachten wurde eine Gebühr von rund 2 000 EUR und für einen Rechtsanwalt, der nicht für nichtstaatliche Umweltorganisationen, beliefen sich auf mindestens 1 000 EUR.

In sehr wenigen Rechtsanwälte Zugang zu Anwälten, nichtstaatlichen Organisationen sehr schwierig ist.

4. Wie hoch sind die Kosten für einen Unterlassungsanspruch/vorläufige Maßnahme? Ist eine Einlage/cross-undertaking in Schäden erforderlich? (3 Sätze)

Die Gebühr gilt für Unterlassungsklagen vor den Zivilgerichten 20 RON (4 EUR), wenn sie nicht in Geld bewertet. Falls dies der Fall ist, die Gebühr wird anhand des Gerichts wird die Gebühr auf 11 EUR, wenn der Wert unter 444 EUR) und 44 EUR (2000 RON (200 RON) ist, wenn der ermittelte Wert über 444 EUR (2000 RON). Es gibt keine Kautions erforderlich.

Das Verwaltungsgericht im einstweiligen Rechtsschutzes ist es daher nicht erwähnt, sollte Art. 27 bezieht sich nicht auf andere Fälle, in Geld bewertet werden. In solchen Fällen ist der Gerichtshof die Gebühr von 4 EUR (20 ROZ) zu erhalten.

5. Die „Loser-pays-Prinzip“ durchsetzen? Wie wird sie vom Gericht angewandt? Welche Ausnahmen gibt, bei denen diese Regel keine Anwendung findet? (5-10)

Anwendung des „Loser-pays“-Prinzips ist jedes Mal beantragt, der jeweils anderen Partei die Kosten, er habe während des Verfahrens zu unterstützen. Wenn die andere Partei diese Kosten nicht beantragt, wird dieser Grundsatz nicht anwendbar. Der Gerichtshof könnte auch die Ausgaben auszugleichen, wenn nur ein Teil ihres Antrags abgelehnt und die übrigen zugelassen wurde. Im vorliegenden Fall hat das Gericht die Kosten ausgeglichen werden könnten, so dass eine Vertragspartei zahlt die übrigen Teil, wenn nicht die gesamte Summe oder ausgleichen würde.

XII. Finanzhilfe-Mechanismus

1. Die Gerichte können Ausnahmen von den Verfahrenskosten leisten, Zölle, Steuern, Gebühren, Kosten usw. in Umweltangelegenheiten? Welches sind die Bedingungen? (10 Sätze)

Die Prozesskostenhilfe gemäß der Regierungsverordnung Nr. 51/2008 in Zivilsachen gilt nur für:

- Die Vergütung eines Anwalts;
- Von einem Sachverständigen oder Dolmetscher;
- Die Gebühr für die gesetzlichen Träger;
- Die Honorare des Gerichts – Befreiungen, Ermäßigungen, Stundungen, Verzögerungen;

Die maximale Höhe der Prozesskostenhilfe in einem Jahr mindestens gleich 10 sein kann, in dem die Bruttolöhne und -gehälter in dem Jahr, in dem sie den Antrag auf Prozesskostenhilfe gestellt.

Die Beihilfe kann gewährt werden, wenn ihre mittlere Nettoeinkommen pro Familie in den letzten zwei Monaten seit der Aufforderung im Rahmen der Prozesskostenhilfe wurde 300ron angeglichen wird (70 EUR). In diesem Fall werden die Gebühren vollständig durch den Staat finanziert werden.

Wenn die Einkünfte 145 EUR im Rahmen von etwa 50 % die Gebühren werden vom Staat unterstützt.

Die Verordnung Nr. 80/2013 wurde die Möglichkeit eingeführt, dass die juristische Personen Anspruch auf Prozesskostenhilfe (Gebühren für die Befreiungen, Ermäßigungen, Stundungen, Verzögerungen), wenn:

- Der Gerichtshof ist die Gebühr in Höhe von mehr als 10 % des durchschnittlichen Nettoeinkommens der vorangegangenen 3 Monate;
- ist die Rechtsperson in Auflösung oder Liquidation oder die Waren beschlagnahmt werden;
- Der Gerichtshof, der eine Analyse der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Rechtsperson ist der Auffassung, dass die Gebühr nachteilige Auswirkungen auf die Tätigkeit der juristischen Person;

XIII. Aktualität

Je nach Art der Entscheidung besteht rechtlich vorgeschriebenen Fristen. Eine Antwort muss innerhalb von 30 Tagen ein Verwaltungsorgan, das für eine Petition oder eine Beschwerde. Die Verwaltungsentscheidung muss innerhalb von 30 Tagen ausgestellt werden. Wenn die Behörde in diesem Begriff keine Entscheidung getroffen, gilt der Rechtsakt als stillschweigend von der Behörde ausgestellt. Diese Regel gilt nicht für die Umweltgenehmigungen. Es gibt keine Fristen für die Erteilung der Genehmigungen. Die für die UVP zulässt, wenn der Empfänger das Projekt nicht alle erforderlichen Informationen für die Erteilung einer Umweltgenehmigung in zwei Jahren seit dem Antrag, so wird dem Antrag auf Umweltgenehmigung zurückzuweisen.

Es gibt keine Sanktionen gegen die Entscheidungen des gesetzlich vorgegebenen Frist bearbeitet.

Nach Artikel 22 des Gesetzes Nr. 544/2001 kann das Gericht die öffentliche Behörde oder Einrichtung verpflichtet, die verlangten Informationen vorzulegen, und die Zahlung von Schadensersatz.

Bestehen keine besonderen Vorschriften für Fristen für Gerichtsverfahren in Umweltangelegenheiten.

Gericht einen Unterlassungsanspruch versucht sein könnten, bei der in der ersten Instanz zwischen zwei Monaten und einem Jahr und im Rechtsmittelverfahren zwei Monaten und einem Jahr. Das Gesetz legt fest, dass diese Fälle sind dringend notwendig und dringend eingeführt werden sollte.

Vor einem ordentlichen Gericht einen Unterlassungsanspruch hat, dringend zu werden. Die Entscheidung ist in der Entscheidung von 24 Stunden und im Jahr 48 Stunden gewährt werden sollte, da die Entscheidung ergangen ist.

In erster Instanz die Nichtigerklärung beantragen könnten, mindestens zwei Jahre und für die Beschwerde. Die Übermittlung der schriftlichen Entscheidung an die Partei sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Dies geht, solange ein Rechtsmittel eingelegt werden kann.

Nach der Justiz, Forschung über die Auslieferung der Entscheidung für 7 Tage aufgeschoben werden kann, mehrmals. Gibt es keine Verordnung zur kann der Gerichtshof, wie oft die Auslieferung der Entscheidung aufzuschieben. Die schriftliche Entscheidung wird den Parteien innerhalb von 30 Tagen. Dieser Begriff ist nur eine Empfehlung für Richter.

Es gibt keine Frist für eine Entscheidung des Gerichtshofs.

Es gibt keine Sanktionen gegen die Entscheidungen der Gerichte gesetzlich vorgegebenen Frist bearbeitet. Dies könnte für die Bewertung der Richter, wenn nachgewiesen wird, dass sie keinen vernünftigen Grund hatte die zu missachten. Die Richter sind disziplinarisch verantwortlich.

XIV. Sonstiges

Verwaltungsakte und Umweltgenehmigungen werden bei Verwaltungsgerichten angefochten werden können, nachdem sie erteilt werden. In der Öffentlichkeit ist ein Dritter der Öffentlichkeit in diesen Verfahren einreichen können, die innerhalb von 6 Monaten ab dem Zeitpunkt, zu dem die Öffentlichkeit von der Existenz des Rechtsakts. Der Gerichtshof kann die Beschwerde eingereicht. Seit 6 ist die Antwort der Verwaltungsbehörde oder hätte angenommen werden müssen.

Informationen in Umweltangelegenheiten ist nicht gut strukturiert. Website der Agentur für Umweltschutz sind die Angaben für jedes Projekt, sondern durch große Gruppen unterteilt werden: Umweltberichte, Umweltgenehmigungen, Durchsagen usw., so dass, wenn sie Informationen sammeln möchten, müssen Sie bei einem Projekt in allen Kategorien von Dokumenten suchen Hunderte anderer Projekte gehören. Die Informationen in Umweltangelegenheiten nur sehr schwer zu ermitteln. Es gibt keine gut organisierten Datenbanken mit den zu bewertenden Projekte evaluiert wurden oder die in den vorangegangenen Jahren. Die Website wird alle Umweltschutzagenturen im Land: <http://www.anpm.ro/>

Gibt es keinen ADR (alternative Streitbeilegung) in Rumänien zugänglich für die Öffentlichkeit in Umweltangelegenheiten. Das Gesetz 192/2006 über die Schlichtung jedoch anwendbar sein können.

Die Mediation ist durch das Gesetz 192/2006 und Gesetz 115/2012. Ab 2012. Oktober 12 in Zivil-, Handels- und Strafsachen (Verbraucherschutz, Familienrecht, Beziehungen – berufliche Haftung, die Fälle mit einem Wert unter 11 111 EUR und für Straftaten, die in Strafsachen untersucht werden nur im Falle eines vorherigen Antrags), die Informationen über die Vorteile der Mediation obligatorisch ist.

XV. Ein Ausländer, der

Nichtdiskriminierung ist Gegenstand der Verordnung 137/2000.

Klauseln zur Bekämpfung von Diskriminierung gibt es keine spezifischen Verfahrensvorschriften in die Rumänisch sprechen, nicht aber die Menschen haben das Recht auf einen Dolmetscher und auf Übersetzung.

Artikel 16 der rumänischen Verfassung und Artikel 4 Absatz 1 des Gesetzes Nr. 303/2004 dazu verpflichtet, die Richter und Rechtsanwälte, die die Gleichheit vor dem Gesetz gewährleisten, und eine Gleichbehandlung aller Teilnehmer während des gerichtlichen Verfahrens, und zwar unabhängig von ihrem Status.

Gestattet ein Dolmetsch zuzuziehen ist, wenn eine Partei vor dem Gerichtshof nicht sprechen Rumänisch. Der Beklagte hat das Recht, in seiner Muttersprache zu verwenden.

Die Vertragspartei, die beabsichtigt, bestimmte Dokumente zum Nachweis der Benutzung vor Gericht gemachten Vorwürfen die erforderliche Übersetzung bezahlen muss. Die Übersetzung in die rumänische Sprache und für das Gericht der anderen Partei.

Die Regierung unterstützt die diesbezüglichen Kosten in Umweltangelegenheiten Prozesskostenhilfe nur in Notfällen gemäß der Verordnung 51/2008.

Die Vertragsparteien in Strafsachen, rumänischer Sprache nicht sprechen oder verstehen, haben das Recht, kostenlos, das Dossier zu nehmen, um Schlussfolgerungen vorlegen und das Gericht dem Gerichtshof im Wege eines Dolmetschers.

XVI. Grenzüberschreitende Rechtssachen

Es gibt keine besonderen Verfahrensregeln für Fälle, die Umweltbelange in einem anderen Land. Wenn der öffentliche aus einem Nachbarland möchte in Rumänien ein Verfahren entweder vor einer Verwaltungsbehörde oder einer Gesellschaft sind, die rumänischen Vorschriften für die Verfahren befolgen. Rumänien ratifizierte das Espooer Übereinkommen geregelt, so dass die Verfahren gilt für das Übereinkommen von Espoo von Projekten und Plänen im Rahmen von Espoo und des Protokolls.

Jedermann kann in das rumänische Recht betreffenden als öffentlich angesehen werden.

Die Verordnung wurde für die Klagebefugnis gemäß Kapitel IV, V, VII.

Wenn sie im Ergebnis eine NRO oder eine Einzelperson sind sie befugt, gegen Umweltschäden in rumänischen Gerichte, die interessierte Öffentlichkeit. Was die Prozesskostenhilfe angeht, wenn Sie EU-Bürger sind, können sie entsprechende Anträge stellen. Gemäß der Dringlichkeitsverordnung 51/2008, mit Ausnahme der Prozesskostenhilfe gemäß Kapitel XII können die EU-Bürger auch Prozesskostenhilfe beantragen für:

- Ausgaben für Dolmetscher;
- Übersetzungen von Dokumenten;
- Reise nach Rumänien, wenn ihre Teilnahme ist obligatorisch;

Hinsichtlich der Klagebefugnis und Vorläufiger Rechtsschutz Einstweilige Anordnungen, die in den vorhergehenden Kapiteln beschrieben sind. Es gibt keine weiteren besonderen Bestimmungen.

[1] *Umweltverträglichkeitsprüfung*

[2] *Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung*

Dies ist eine maschinelle Übersetzung des Inhalts. Der Urheber dieser Seite übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für die Qualität dieses maschinell übersetzten Texts.

Letzte Aktualisierung: 14/09/2016